5 JUL

Nummer 27 / 50. Jahrgang — Berlin, den 7. Juli 1923

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. • • • Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Rosinenstraße 4. • • Telephonnummer: Berlin Amt Wilhelm 4952. • •

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
•••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an ••••••

„Die Ameise" erscheint jeden Samstag.

Inserate: Die 3spaltige Petitzeile für Geschäftsleute 2000 Mark, im Arbeitsmarkt 1200 Mark. Für arbeitsuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei. Postscheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg 1.

Gesetzliche oder tarifliche Lohnsicherung?

Sind die beiden Indexzahlen also wöchentlich der Wirtschaft bekanntgemacht, so entsteht die weitere Frage, wie ihre Anwendung am wirksamsten gesichert wird. Dies kann durch Privatvertrag oder durch Gesetz geschehen. Der erstere Weg würde überall dort vorzuziehen sein, wo ein geordnetes Tarifvertragswesen vorhanden ist und wo die Gewerkschaften sich stark genug fühlen, um die Anwendung der Lohnsicherungsklausel durchzusetzen. Wo Tarifverträge nicht bestehen oder die Gewerkschaften zu schwach sind, da ist allerdings ein gesetzlicher Zwang nicht zu entbehren. Dies gilt vor allem für die Heimarbeiter sowie für Berufe ohne gewerkschaftliche Organisation. Auch für die Arbeiter der öffentlichen Betriebe ist ein Zwang zur Einführung der Lohnsicherung erwünscht, in noch höherem Maße für die Beamten, die kein Streikrecht haben und die Anwendung einer solchen Sicherung aus eigener Kraft kaum erzwingen könnten. Aus diesen Erwägungen ergibt sich, daß der Weg des gesetzlichen Schutzes für tariflose Berufe und für Arbeitnehmer von Reich, Ländern und Gemeinden in Frage kommt, während es für die übrige Privatwirtschaft zunächst der Vereinbarung der Arbeitnehmergewerkschaften und Arbeitgeberverbände überlassen bliebe. Diese tarifliche Anwendung könnte durch zentrale Sonderverträge erleichtert werden, sei es durch ein allgemeines Abkommen der Zentralarbeitsgemeinschaft für Industrie und Gewerbe und der besonderen Zentralarbeitsgemeinschaften für Handel und für Landwirtschaft, oder sei es durch Verträge der einzelnen Reichsarbeitsgemeinschaften, soweit solche bestehen. Sollte sich der Weg der tariflichen Durchführung nicht als ausreichend erweisen, dann bleibt entweder der Weg des Schiedsspruches durch Schlichtungsausschuß und Demobilmachungsbehörde oder der Weg der Einführung durch das Reichsarbeitsministerium auf Antrag einer Partei zu erwägen. Der letztere Weg bedarf allerdings der gesetzlichen Ermächtigung, also der Regelung durch Gesetz.

Die praktische Lohnpolitik der Gewerkschaften würde sich dann so gestalten, daß der Tariflohn für einen gewissen Stichtag des Lebenshaltungsindex vereinbart wird. Ob der Tariflohn ein Einheitslohn ist oder abgestuft ist für Erwachsene, Jugendliche, Männer, Frauen, für Gelernte, Angelernte und Ungelernte oder für einzelne Branchen oder Verrichtungen, für Jahrgänge oder Arbeitnehmer verschiedenen Hausstandes, ändert dabei nichts am Wesen des Tariflohnes. Der Tariflohn wird für kurze Zeit (nicht unter 4 und nicht über 13 Wochen) abgeschlossen mit dem Vorbehalt der Neuprüfung der Tariflöhne durch paritätische Verhandlung. In den Tarif wird eine Klausel aufgenommen, etwa des Inhalts:

„Die vereinbarten Lohnsätze gelten für das Datum des . . . . . bei einem Lebenshaltungsindex von . . . . . als Mindestlöhne. An jedem Lohnzahlungstag erhöht sich der auszuzahlende Lohnbetrag für jeden Arbeitnehmer um den Betrag, der sich ergibt aus dem Produkt des Tariflohnes und der Spannung zwischen dem Index von . . . . . und dem letztveröffentlichten Index derselben Lohnzahlungswoche. Ist am Lohnzahlungstag eine entsprechende Indexzahl der gleichen Woche noch nicht veröffentlicht oder noch nicht bekannt, so erfolgt eine Abschlagszahlung mit einem Aufschlag von . . . . Proz."

Nach dieser Methode stellt sich der Tariflohn dar als der Grundlohn, der zwischen den Tarifparteien in nicht allzu langen Fristen nachgeprüft und neu festgesetzt wird, also stets der tariflichen Vereinbarung unterliegt, während der Teuerungszuschlag einheitlich durch Zentralabkommen oder durch Gesetz für alle Arbeitnehmer eingeführt und dadurch der jeweiligen tariflichen Vereinbarung entzogen wird. Die Tarifverhandlungen werden hierdurch entlastet und auf die Grundlöhne beschränkt, die allerdings durch die Lohnsicherung an ihrer Bedeutung nicht das mindeste verlieren. Denn die Wertbeständigkeitsklausel sichert den Lohn nur innerhalb bestimmter, durch die Kaufkraftentwertung der Mark bedingter Grenzen und auch da nur bis zur nächsten Nachprüfung der Tariflöhne. Für die Lohnhöhe an sich und ihren Friedenswert ist aber der Tariflohn selbst nach wie vor ausschlaggebend. Fraglich bleibt auch, ob die Sicherungsklausel auch ebenso einfach auf Soziallohnzuschläge anzuwenden ist. Dies wird von den Erfahrungen und von den Kräften der Gewerkschaften selbst abhängen.

Auch hier ist mit der Sicherung einer gewissen Kaufkraft des Lohnes am Lohnzahlungstage noch wenig erreicht für die Wertbeständigkeit des ausgezahlten Lohnes, dessen Kaufkraft auch in Händen des Arbeitnehmers von Tag zu Tag verliert. Am übelsten sind hierbei die Angestellten und Beamten daran, die Monats- und selbst Quartalsgehälter bekommen, obendrein meist noch nachträglich. Hier kann der Entwertung nur durch Vorauszahlung oder durch Abschlagszahlung in kürzeren Perioden gesteuert werden, die ernstlich zu erstreben wäre, wenn nötig, auf gesetzgeberischem Wege. Weiter bedarf es der Schaffung wertbeständiger Anlagemöglichkeiten, um Lohn- und Gehaltsanteile, die für spätere Neuanschaffungen zurückgelegt werden sollen, der Entwertung zu entziehen. Es müssen wieder brauchbare Sparanlagen geschaffen werden, damit nicht die gesamte Masse der Papiermark an den Lohnzahltagen auf den Warenmarkt geworfen wird und die Preise in die Höhe treiben muß. Diese Möglichkeiten zu schaffen, ist Aufgabe von Reich, Staat und Gemeinden. Auch die Banken und Konsumvereine sowie Sparkassen können in dieser Richtung vorbildlich tätig sein. Erst dann, wenn auch hier der Markentwertung vorgebeugt wird, kann von einer gewissen Wertbeständigkeit des Lohnes die Rede sein.

Alle Bemühungen, sich gegen den rapiden Wertverlust der Löhne zu sichern, müssen aber auf die Dauer wirkungslos bleiben, wenn das Reich seine Einkünfte nach wie vor auf den Neudruck von Zahlungsmitteln anstatt auf die Erhebung wertbeständiger Steuern und Verkehrseinnahmen basiert. Indem die Arbeitnehmer sich schützen gegen die Gefahr, die letzten zu bleiben, die mit Papierrechnung sich abspeisen lassen müssen, zwingen sie das Reich, auch seinerseits Schutz gegen Markverluste zu suchen. Man kann diesen Vorgang als den Untergang der Markwährung betrachten. Wer die Dinge so betrachten will, kann nicht bestreiten, daß die Markentwertung auch ohne wertbeständige Löhne gekommen ist. Jedenfalls können die Dinge so nicht weitergehen, sonst wären die Arbeitnehmer die einzigen, die als Inflationssteuer die gesamten Folgen der Markverschlechterung zu tragen hätten. Richtiger ist es, das Vorgehen der Arbeitnehmer zu betrachten unter dem Gesichtswinkel des Schutzes der großen Masse der Markempfänger gegen die Kreise, die sich durch andere Währungssysteme dem Marksturz entzogen und damit diesen verschärft haben. Diesen Schutz darf die Arbeiterschaft in vollem Maße für sich in Anspruch nehmen, sei es selbst auf dem Wege der Gesetzgebung!

•

Wir bringen auch noch diesen Artikel aus Kennerkreisen und haben die Hoffnung, daß das Problem recht eingehend behandelt und auch in Kollegenkreisen besprochen wird. Damit ist jedoch die Arbeit noch nicht getan; denn der wertbeständige Lohn ist damit nicht erreicht. Jetzt muß er erkämpft werden. Die Arbeitgeber sind uns in dieser Lage überlegen. Sie haben in den Zeiten, wo die kämpfenden Arbeiter die größten Opfer bringen und Not leiden mußten, einen viel stärkeren Finanzrückhalt. Ihre gesicherten Sachwerte aus den letzten Jahren geben ihnen die Möglichkeit, die ablehnende Haltung bei den Beratungen der Zentralarbeitsgemeinschaft einzunehmen. Sie haben die Beratungen am 29. Juni ergebnislos verlaufen lassen und zeigten kein Entgegenkommen, weil sie die Arbeiterschaft weiter betrügen wollen. Die von den Unternehmern nach der ergebnislosen Sitzung gegebene Zusicherung, daß sie die angeschlossenen Organisationen bitten werden, die Löhne so schnell, als es möglich erscheint, an die Geldentwertung anzupassen, muß als eine Ausflucht angesprochen werden. Die Arbeitgeberorganisationen werden ebensowenig Willen zeigen, den wertbeständigen Lohn in irgendeiner Form zu gewähren, wie ihre Mitglieder in der Zentralarbeitsgemeinschaft. Damit ist auch gleich die Richtlinie für die andere Seite gegeben, wonach sich alle Arbeitgeberorganisationen richten werden.

Aus dem Verhalten der Arbeitgeber ist ersichtlich, daß sie den Wirtschaftskampf aufnehmen wollen. Damit steht fest, daß sie, was in allen anderen Ländern, selbst in Polen und Oesterreich, möglich war, der deutschen Arbeiterschaft und damit der Wirtschaft vorenthalten. Ob die bürgerliche Reichsregierung diesen gewaltigen Entscheidungskampf und damit großen Erschütterungen teilnahmslos gegenüberstehen wird, ist sehr fraglich. Die Regierung selbst muß eingreifen, da auch sie an diesem Kampf direkt beteiligt ist.

Vorerst treffen die Metallarbeiter und ihr wirtschaftschaftlicher Gegner, die Eisen- und Stahlmagnaten, die Vorbereitungen zum Ringen um die wertbeständigen Löhne. Die übrige Arbeiterschaft wird, wie die Berliner Holzarbeiter, mit in den Kampf gezogen werden. Es kommt ganz auf die Unternehmer an, ob der Ausbruch erfolgen wird. Beim Abschluß des Blattes steht es so. Ueber den Ausgang wird noch berichtet werden. Auch bei unseren Lohnverhandlungen wird der wertbeständige Lohn die Hauptrolle spielen. Unsere Kollegen müssen also gerüstet sein.

Ein gerechter Lebenshaltungs-Index.

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst" schreibt:

Die Grundlage jeder Erhaltung der Kaufkraft der vereinbarten Löhne und Gehälter ist ein vertrauenswürdiger Lebenshaltungsindex. Ein solcher Index muß nicht bloß die wichtigsten, für die Lebenshaltung maßgebenden Verbrauchsgüter in den richtigen Mengen enthalten, sondern auch so schnell aufgenommen, berechnet und veröffentlicht werden, daß er noch für die Beurteilung der Lebenshaltungskosten brauchbar ist. Der deutsche amtliche Lebensunterhaltungsindex versagt nach beiden Richtungen. Er enthält wichtige Ausgaben des Lohnempfängers nicht, die für die Haushaltskosten von Einfluß sind, wie Aufwendungen für Straßen- und Eisenbahn, für Kassen und Versicherung, für Organisation und Zeitung, sowie für Abnutzung des Haushalts. Auch der Steuerabzug fällt für den Arbeitnehmer ganz anders ins Gewicht als für andere Kreise, da er bereits wertbeständig erhoben wird. Daß der Lohnempfänger ein Zehntel seines Lohnes für Steuern aufwenden muß, spielt in seinem Haushalt eine ganz andere Rolle, als für jeden anderen Steuerzahler. Die Elemente des Lebenshaltungsindex bedürfen also einer Vervollständigung. Für die Anwendung dieses Index mag es freilich manchmal bequemer sein, nur die am meisten im Preise steigenden Kosten der Ernährung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung zu erfassen. Ein vertrauenswürdiger Index aber muß hieb- und stichfest gegen Zweifel und Angriff sein und darf sich nicht auf die Auswahl besonders schwankender Faktoren stützen.

Für die Aufnahme der Indexzahlen ist in erster Linie anstatt des bisherigen Monatsdurchschnitts die Erhebung an einem bestimmen Stichtag jeder Woche zu fordern. Am zweckmäßigsten wäre die Erhebung am Beginn der Woche und die Veröffentlichung bis Mittwochabend, so daß die jüngste Indexziffer noch für die Lohnberechnungen und -auszahlungen der gleichen Woche benutzt werden kann. Für die Lohnverhandlungen ist der Tag der Veröffentlichung gleichgültig, wenn die Vereinbarung durch die Aufnahme einer Wertbeständigkeitsklausel ergänzt wird, die besagt, daß der Vereinbarung der Index eines bestimmten Stichtages zugrunde gelegt ist, daß die vereinbarten Lohnsätze aber zu ergänzen sind durch Hinzurechnung der Spannung zwischen dem Index dieses Stichtages und dem jüngst veröffentlichten Index, multipliziert mit dem Tariflohn. Durch Verhandlungen der Spitzengewerkschaften mit dem Reichsarbeitsministerium und dem Statistischen Reichsamt ist festgestellt, daß eine wöchentliche Indexaufnahme und eine Berechnung und Veröffentlichung binnen drei Tagen durchzuführen wäre, wenn sich die Aufnahme auf nur 15 bis 20 Städte im Reich verteilt. Ein solcher beschleunigter „Eilbenst" würde der Wirtschaft eine brauchbarere Grundlage für ihre Lohnberechnungen liefern, als es heute möglich ist. Deshalb sollte vom 1. Juli mit diesem „Blitzindex" der Lebenshaltung begonnen werden.

Freilich wird auch dieser „Blitzindex" in Zeiten starker Preiserhöhungen noch nicht allen Ansprüchen genügen. Ein Beispiel möge dies zeigen: Eine Lohnverhandlung, die am Donnerstag zum Abschluß kommt, kann gerade noch den am Mittwoch ermittelten Lebenshaltungsindex zugrunde legen, dessen Aufnahme am Montag erfolgt ist. Es ist natürlich nicht möglich, dieses Tarifergebnis so rechtzeitig allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Kenntnis zu bringen, daß es schon für die Lohnberechnung der gleichen Woche zur Anwendung gelangen könnte. Die neuen Lohnsätze kommen also frühestens beim nächstwöchentlichen Lohntermin zur Einführung. Bis dahin liegt aber der Zeitpunkt der Indexaufnahme schon um 11 bis 12 Tage zurück, und dies ist noch der günstigste Fall. Was das in Zeiten starker Preisschwankungen bedeutet, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung.

Der Lebenshaltungsindex gibt immer nur ein Bild der vergangenen Teuerung, die von einer neuen Teuerungswelle längst überholt ist. Er bedarf daher der Ergänzung durch einen Maßstab, der der kommenden Teuerung Rechnung trägt. Man kann diesen Maßstab durch Verlängerung der bisherigen Kurve des Lebenshaltungsindex herstellen, indem man die tägliche Durchschnittssteigerung feststellt und die so errechnete Ziffer, multipliziert mit der Zahl der seit dem letztbekannten Indexstichtag verflossenen Tage, der Indexziffer hinzufügt. So würde sich für die Zeit von Mitte April bis Mitte Mai eine durchschnittliche Tagessteigerung des Lebenshaltungsindex von 28 ergeben, und am 8. Juni, da seit dem 15. Mai 24 Tage verflossen waren, ein Indexplus von 28×24 = 672, also eine wahrscheinliche Indexziffer von 3816+672=4488 ergeben haben. Solche Wahrscheinlichkeitsberechnungen setzen aber normale Entwickelung der Lebenshaltungskosten voraus und versagen gerade in abnormen Zeiten. In Wirklichkeit dürfte die Teuerungsziffer am 8. Juni weit über 4488 gestanden haben. Der Arbeitnehmer hätte mit dieser Meßziffer noch immer zu wenig Lohn erhalten. Es können gewiß auch Perioden eintreten, in denen die wirkliche Teuerung stockt und die obige Wahrscheinlichkeitsberechnung über den kommenden Index hinauskommen würde. Das ist aber seither die Ausnahme gewesen. Wenn stabile Teuerungsverhältnisse die Regel gewesen wären, dann wäre man überhaupt nicht zur Erörterung der Wertbeständigkeit der Löhne gekommen.

Ein anderer Weg verbindet den Lebenshaltungsindex mit dem Großhandelsindex, von der Erfahrung ausgehend, daß die Kurve des Großhandelsindex für die kommende Entwickelung der Kleinhandelspreise und damit der Lebenshaltungskosten vorausbestimmend ist. Das trifft am meisten in Zeiten der Preisbewegung nach oben zu. Ein Durchschnittsindex zwischen der Höhe des Lebenshaltungs- und des Großhandelsindex würde die Mitte zwischen der Teuerung von gestern und vorgestern und der von morgen und übermorgen darstellen und der wirklichen Teuerung näherkommen. Nun würde allerdings nichts Wesentliches gewonnen sein, wenn man zwischen der Kurve des Lebenshaltungsindex und der des Großhandelsindex eine mittlere Kurve einlegen und nach dieser den Teuerungsmaßstab berechnen würde, denn die Bewegung dieser beiden Kurven wäre nicht wesentlich verschieden, abgesehen von gelegentlichen Spitzen oder Tälern der Großhandelskurve. Anders gestaltet sich die Berechnung, wenn man in jedem Falle von dem letztbekannten

Lebenshaltungsindex als Ausgangspunkt ausgeht und die Kurve des Lebenshaltungsindex in der Richtung des Durchschnittsstandes zwischen Lebenshaltungs- und Großhandelsindex fortsetzt. Im Maidurchschnitt war der Lebenshaltungsindex 8816, der Großhandelsindex 8170; der Mittelstand entspräche einer Ziffer von 5993 für Mitte Juni, die in die Indexkurve einzutragen wäre. Für den 8. Juni wäre man bei dieser Methode auf eine Zahl von etwa 5400 gekommen, eine Zahl, die der wirklich eingetretenen Teuerung schon viel näher liegt. Die wirkliche Teuerungsziffer kann auch durch keine Kombination von Lebenshaltungskosten und Großhandelspreisen absolut sicher ermittelt, sondern immer nur annähernd geschätzt werden. Sie wird um so besser vermittelt, je kürzer die Fristen zwischen den Stichtagen der Indexerhebung sind und je mehr die Zeit zwischen diesen Aufnahmen und ihrer Veröffentlichung abgekürzt wird. Darauf ist das Hauptgewicht zu legen, daß uns das Statistische Reichsamt diese Ziffern allwöchentlich zur Verfügung stellt, und zwar sowohl die Indexzahlen des Lebensunterhalts, als auch des Großhandels, die letzteren zur Korrektur der ersteren. Die Veröffentlichung muß so rechtzeitig erfolgen, daß diese Zahlen noch für die Lohnauszahlung der laufenden Woche verwendet werden können, d. h., daß den Arbeitgebern Zeit genug bleibt, sie ihren Lohnberechnungen und den Anforderungen zur Beschaffung der benötigten Zahlungsmittel zugrunde zu legen. Das würde bedingen, daß die am Montag einer Woche aufgenommenen Ziffern am Mittwoch veröffentlicht werden müssen. Dann liegen zwischen Erhebungs- und Lohnzahlungstag nur vier Tage, mit denen ohne weitere Schwierigkeiten eine Anpassung an die entwertete Kaufkraft erfolgen kann. Sollte diese Indexziffer in irgendwelchen Betrieben nicht rechtzeitig bekannt werden, so daß nur die der vorhergehenden Woche benutzt werden kann, so muß die vermutliche Teuerungsziffer im Wege der Kombination mit dem Großhandelsindex verrechnet werden. Sollte die Indexziffer zwar bekannt geworden sein, aber aus Betriebs- oder Geldschwierigkeiten nicht angewendet werden können, so müssen Abschlagslöhne gezahlt und die Differenz nachträglich festgestellt und ausgezahlt werden.

Bürgerlich-kapitalistische Wirtschaftspolitik.

Für einen unparteiischen Beobachter muß das **Auf- und Absteigen der deutschen Mark** einen eigenartigen Anblick gewähren. Ohne jede sichtbare Veranlassung klettert sie mit einem Male hoch, als ob sie wie eine Lerche in den Himmel fliegen wollte, und dann plötzlich fängt sie an zu sinken. Kein Mensch weiß, warum dies geschieht und ob das Steigen und Fallen der Mark irgendeine wirtschaftliche Berechtigung hat. Zweifellos spielt bei diesem Taumeltanz die Spekulation eine wichtige Rolle. Es ist ja eine Sünde und Schande, daß gewisse Schichten unseres Volkes, die sich rühmen, die Vaterlandsliebe in Erbpacht genommen zu haben, sich nicht entblöden, das Elend unseres Vaterlandes für sich in eine Goldgrube umzuwandeln. Sie stecken Millionengewinne in die Taschen, während die Staat immer mehr in Schulden gerät und die Massen immer mehr verarmen. Wie Schmeißfliegen an einem verwesenden Leichnam mästen sie sich vom Fleisch und Blut des deutschen Volkes; in sinnloser Verschwendung verjubeln sie die Gewinne und obendrein verhöhnen sie noch die hungernden Massen. Die Zukunft wird es lehren, wie lange sich das deutsche Volk solche Zustände noch wird gefallen lassen. Wenn seine Geduld zu Ende ist, kann es vielleicht zu Ereignissen kommen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Aber was hilft alles Warnen und Mahnen; es prallt wirkungslos ab an der Hornhaut der Schieber und Schlemmer.

Die **Unsicherheit auf dem Geldmarkte**, die durch das Schwanken der Mark entsteht, muß naturgemäß auf unser Wirtschaftsleben sehr ungünstig, ja geradezu verheerend einwirken. Schon im Privathaushalt ist eine Bilanzierung zwischen Einnahme und Ausgabe unmöglich, keine Hausfrau, und sei sie geschult, wie ein Finanzminister, ist imstande, auch nur halbwegs mit ihrem Hausstandsgelde zu wirtschaften. Ebenso verhält es sich mit dem Haushalt der Gemeinden und der Staaten, die bald nicht mehr ein und aus wissen. Auch die Unternehmer, die Produzenten so gut wie die Groß- und Kleinhändler, können nicht mehr kalkulieren, weil die fortwährenden Schwankungen auf dem Geldmarkte und die daraus entstehenden Folgeerscheinungen ihnen die Möglichkeit nehmen, eine richtige Kostenberechnung und eine auch nur annähernd stichhaltige Preiskalkulation aufzustellen. Hinzu kommt noch, daß niemand mehr Lust hat, zu sparen, weil sein erspartes Geld immer mehr entwertet. Die Fürsorge für die Zukunft, in diesem Falle also des Zurücklegens eines Teils des Einkommens für künftige Zwecke, wird auf die Dauer immer sinnloser. Wer heutzutage Geld spart für einen Anzug oder für sonstige Anschaffungen, merkt bald, daß das ersparte Geld, wenn er etwas dafür kaufen will, an seinem Werte und seiner Kaufkraft inzwischen wesentlich eingebüßt hat. Aus allen diesen Gründen ist es notwendig, daß wir so bald wie möglich ein **wertbeständiges Zahlungsmittel** bekommen: die Mark muß stabilisiert werden, die Löhne und Gehälter müssen auf eine feste Grundlage gestellt werden; das Geld in den Sparkassen muß seinen Wert behalten. Das sind durchaus berechtigte Forderungen, die aber leichter aufzustellen als durchzuführen sind. Die Sozialdemokratie ist seit langem bemüht, in dieser Richtung zu wirken, aber sie stößt auf den zähen Widerstand der am Dollarkurs interessierten Geldleute und Banken. Auch die Reichsregierung tut nicht ihre Pflicht und Schuldigkeit, und die Reichsbank verhält sich nicht so, wie es wünschenswert wäre. Immer noch sind Verhandlungen im Gange, die aber bislang noch kein Ergebnis gebracht haben.

Ein eigenartiges Bild bietet das **Verhältnis zwischen Marktstand und Warenpreisen.** Sobald der Dollar steigt und die Mark sinkt, gehen die Preise für alle Erzeugnisse schnell in die Höhe, weil Produzenten und Händler mit einer wunderbaren Gewandtheit sich den neuen, höheren Kursen anpassen. Selbst die Hühner und Kühe richten sich bereits nach dem Dollarkurs, wie man dies an den wahnsinnig steigenden Preisen für Eier, Milch und Butter beobachten kann. Leider fallen die Preise nicht entsprechend, wenn der Dollar fällt. Die Warenpreise haben ja die Eigentümlichkeit an sich, daß sie leicht emporklettern, aber nur schwer wieder heruntergehen. Die Erwerbsgier und Gewinnsucht, die im Kapitalismus gezüchtet wird, veranlaßt die meisten Menschen, immer mehr zusammenzuraffen, mag auch die Allgemeinheit darüber zugrunde gehen. Das ist ein sehr trauriges Kapitel im modernen Wirtschaftsleben, und es wird noch starker Eingriffe bedürfen, um hier Abhilfe zu schaffen. Die kapitalistische Wirtschaftsfreiheit ist eben eine **Raubtierfreiheit**, die den menschlichen Bestien die Möglichkeit gewährt, die Mitmenschen nach allen Regeln der Kunst auszubeuten, aber sie ist ein Unglück für die wirtschaftlich abhängigen Schichten. Schon viel zu lange hat sich das deutsche Volk diese Raubtierfreiheit gefallen lassen; es ist die höchste Zeit, daß wir eine geordnete Wirtschaft bekommen, wie sie dem Sozialismus vorschwebt.

Ueberraschend hohe Erträgnisse bringt die **Zigarettensteuer.** Die gesamte Tabaksteuer brachte im April d. J. annähernd 40 Milliarden Mark auf, wovon ungefähr 30 Milliarden Mark allein auf die Zigarettensteuer entfallen. Sie bringt dem Deutschen Reiche mehr ein als sämtliche anderen indirekten Steuern zusammengenommen. Die Bier-, Wein-, Mineralwasser-, Zucker-, Salz-, Zündwaren- und Leuchtmittelsteuer brachten insgesamt noch nicht einmal 7 Milliarden Mark auf. Lediglich die Kohlen-, die Umsatz- und die Einkommensteuer weisen höhere Beträge auf, während die Erbschafts-, die Gesellschafts- und die Börsenumsatzsteuer weit dahinter zurückblieben. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der Zigarettensteuer gestundet ist, und daß ein bedeutender Teil durch Steuerbetrug dem Reich entzogen wird. Diese Zahlen geben zu denken und werfen ein eigenartiges Licht auf die Unwirtschaftlichkeit des deutschen Volkes. Was soll man dazu sagen, daß Milliarden über Milliarden von Mark in die Luft geblasen werden in einer Zeit, da es weiten Volksschichten an den nötigsten Lebensmitteln mangelt? Das schlimmste ist noch, daß durch den Verbrauch an Zigaretten so viel Geld ins Ausland gebracht wird, was zur Verschlechterung unserer Handelsbilanz beiträgt. Aber was läßt sich dagegen tun? Nur eine gründliche volkswirtschaftliche Bildung und Erziehung vermag Abhilfe zu schaffen.

Auf dem **Weltgetreidemarkt** beobachteten wir in letzter Zeit einen kleinen **Preisrückgang**, weil die Welternte vermutlich günstig ausfallen wird. Auch ist die Anbaufläche für Getreide, besonders in Rußland und Frankreich, größer geworden, so daß eine starke Ausfuhr in Aussicht steht. Dieses Sinken der Weltmarktpreise für Getreide ist zweifellos eine erfreuliche Erscheinung. Leider merken wir in Deutschland nichts davon, weil hier die Preise ständig höher gehen, anstatt daß sie sinken. Für die Volksernährung sind dies sehr traurige Aussichten. Es gewinnt den Anschein, als wenn bei uns in Deutschland die Teuerung zu einem unabwendbaren Schicksal werden sollte. Die Preise für die notwendigsten Unterhaltsmittel schnellen furchtbar in die Höhe; in einer Woche steigen sie manchmal um ein Drittel, ohne daß die Löhne und Gehälter damit gleichen Schritt halten. Wie dies zu ändern ist, das ist Deutschlands Schicksalsfrage.

Konferenz der Internationalen Föderation der Keramarbeiter.

(Fortsetzung.)

Ueber Deutschland gab Genosse Albin Karl vom Hauptvorstand am zweiten Verhandlungstage den Bericht von 1912 bis 1923. Daraus sei entnommen: Der Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt die Porzellan- und Steingutarbeiter und -arbeiterinnen. Es gehören ihm aber auch kleinere Gruppen, wie die Terrakottaarbeiter, Schildermaler und eine kleine Anzahl im Kunstgewerbe Beschäftigter an. Im Jahre 1912 gehörten dem Verband 16 000 Mitglieder an, wovon 3300 weiblich waren, 1914 hatt sich die Zahl auf 17 000, darunter 3400 weibliche, erhöht. Der Krieg brachte eine Abnahme mit sich. Der Tiefstand wurde im Jahre 1916 erreicht, und zwar mit 2583 männlichen und 1841 weiblichen Mitgliedern. Darauf setzte ein Aufstieg ein, der ergab, daß im Jahre 1918 16 425, 1919 42 425, 1920 56 291, 1921 62 806 und 1922 72 000 Mitglieder im Verband gezählt werden konnten. Davon sind fünf Neuntel Männer und vier Neuntel Frauen. Die Zahlstellenzahl hat sich durch Zusammenlegungen verringert. Während des Krieges haben die Frauen und Jugendlichen die Organisation gehalten und die besten Dienste geleistet. 15 Zahlstellenangestellte und 2 Hilfskräfte sind außer den Gauleitern und außer den Angestellten und Schreibhilfen im Hauptbureau beschäftigt. Nach unseren einwandfreien Feststellungen im Jahre 1922 ergab sich, daß im Bereich der zur feinkeramischen Industrie zählenden Betriebe an Beschäftigten erfaßt wurden: 73 000 im Porzellanarbeiterverband Organisierte, 1479 Unorganisierte, 2548 christlich Organisierte, 130 Hirsch-Dunckersche, 89 Syndikalisten und Unionisten und 2883 in anderen freien Organisationen befindliche Mitglieder.

Das Beitragswesen ist in Deutschland beweglich geregelt. Ein Stundenverdienst ohne Abzug gilt als Wochenbeitrag für jedes Mitglied.

Große Kämpfe brachte nur das Jahr 1921. Seinerzeit standen 29 000 Mitglieder 3 bis 5 Wochen im Streik.

Im Jahre 1921 konnte die deutsche Organisation ihr 25jähriges Bestehen feiern.

Die unsteten Verhältnisse und die fortschreitende Entwertung der deutschen Mark beeinträchtigen das Verbandsvermögen sehr ungünstig. Die Einnahmen erscheinen in ihrer Höhe als riesenhaft und gehen in die Hunderte von Millionen, aber jeder Marksturz läßt das Vermögen beträchtlich zusammenschmelzen und die Ausgaben ins Ungeheure wachsen. Länder mit stabilen Geldverhältnissen können sich kaum einen Begriff von den Dingen machen, weil fast jeder Tag einen Umschwung bringt.

Die Lage der Industrie verschlechterte sich infolge des Krieges, eine günstigere Wendung trat erst nach 1918 ein. Mit diesem Jahr wurde auch eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Porzellanindustrie erreicht, der 1919 auch die für die Steingutindustrie folgte. Nach und nach wurden alle Betriebe tariflich erfaßt und ein Reichstarif geschaffen, in dem alle Bedingungen über Arbeitszeit, Arbeitsverhältnis, Urlaub geregelt sind. Während des Bestehens des Achtstundentages haben sich die Leistungen in der Porzellanindustrie wesentlich erhöht. Ein Beweis, daß er für die feinkeramische Industrie volkswirtschaftlichen Nutzen gebracht hat. Die tarifliche Regelung des Lohnes hat sich als sehr vorteilhaft erwiesen. Es sind dadurch Kosten und Einzelkämpfe erspart worden.

Zur Arbeitgeberseite steht unsere Organisation in einem ganz anderen Verhältnis wie früher. Wir sind an den Außenhandelsstellen beteiligt und üben damit eine Kontrolle aus. In Deutschland bestehen auch Schiedsinstanzen, die Streitigkeiten schlichten. Für das Tarifwesen sind reichsgesetzliche und rechtsverbindliche Bestimmungen erlassen. Das Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei Tarifabschlüssen und Regelung von Streitigkeiten hat manche Vorteile für die Arbeiterschaft gebracht.

Genosse Wollmann weist in seinen Ergänzungsausführungen darauf hin, daß die Geldentwertung alle zwei bis drei Wochen neue Lohnverhandlungen zwischen den Zentralleitungen bedingen. Ferner, daß wir auch innerhalb der deutschen Organisation eine kommunistische Bewegung haben, die aber die Gesamtbewegung nicht beunruhige. Spaltungserscheinungen seien nicht hervorgetreten, vielmehr die Einheit zum Wohle der Organisation und ihrer Glieder aufrechterhalten worden.

Schluß des zweiten Verhandlungstages.

Gewerkschaftliche Steuerkommission.

ADGB, AfA-Bund und ADB haben gemeinsam *eine* Steuerkommission eingesetzt. Diese gab sich folgendes *Rahmen*programm:

1. Kritik des Geldentwertungsgesetzes. Die Möglichkeit einer wirklichen Anpassung der Steuern an den sich ändernden Markwert.

2. Schaffung einer wirklichen Quellenbesteuerung durch Erfassung der Sachwerte. Automatisierung des Steuereingangs.

3. Die Möglichkeit einer organischen Zusammenlegung und Vereinfachung der derzeitigen Steuern. Vereinfachung des Steuerverwaltungs- und -einziehungsapparats.

Die Steuerkommission beabsichtigt nicht, die neu zu *schaffende* Steuergesetzgebung paragraphenmäßig vorzubereiten. Sie will jedoch durch die Klärung des gesamten Fragenkomplexes denjenigen Genossen und Kollegen, die bei der kommenden Steuergesetzgebung mitzuarbeiten haben werden, brauchbare Richtlinien und Ratschläge übermitteln. Die Steuerkommission zieht bei der Besprechung der einzelnen Fragen jeweils Sachverständige hinzu. Sowie die Arbeit abgeschlossen ist, wird ihr Ergebnis veröffentlicht werden.

Von der Hilfsbereitschaft zur Verbrüderung.

Schon als Kind sehen wir die stete Hilfsbereitschaft der Eltern, vor allem der Mutter. Das Kind muß dazu erzogen werden, diese Hilfsbereitschaft nicht nur auf die Eltern, sondern in Worten und Taten auch auf die Mitmenschen zu übertragen. Der Geweckteren muß schon in der Schule den geistig Armen hilfreich zur Seite stehen, fördernd ihn unterstützen, damit auch er eines Tages den Kampf des Lebens bestehen kann. Nicht Dünkel und Erhabenheit zur Schau tragen. So entwickelt sich das Zutrauen im kindlichen Gemüt und wächst sich zur späteren Hilfsbereitschaft in allen schweren wirtschaftlichen Lagen aus. Heute noch sehen wir in manchem Menschen das geistig sich überhebende, nicht das mitteilsame Wesen. Tritt dazu noch das wirtschaftlich Ueberhebende, so wird es einst zur Unterdrückung des menschlichen Strebens auswachsen.

Die Arbeiterschaft, die geistig und wirtschaftlich am meisten unterdrückte Klasse, sollte mehr und mehr die Hilfsbereitschaft pflegen. In der Werkstatt und im Betriebe kann diese reiche Früchte zeitigen. Hier ist Arbeiter und Arbeiterin aufeinander angewiesen. Doch oft nehmen wir wahr, wie persönlicher Eigennutz, der Verlust von ein paar Pfennigen Lohn manchen von der Hilfsbereitschaft zu seinem Mitmenschen abhält. Der einzelne übersieht zu leicht, daß auch er eines Tages dieser Hilfsbereitschaft bedürftig ist. Die Arbeiterschaft hat gewiß nicht Ursache, daneben zu stehen und sorglos zuzusehen, wenn einer ihrer Arbeitsbrüder unter der schweren wirtschaftlichen Last zusammenbricht. Kann es doch dem einzelnen jeder Tag ebenso passieren, daß wirtschaftliche Not ihn zur Besinnung ruft.

Die Arbeiter haben sich die Organisationen zur geistigen und wirtschaftlichen Hilfsbereitschaft geschaffen. In ihnen sieht man einige erfahrene, opferfreudige Kollegen mit Entschlossenheit ihres Amtes walten, stete Hilfsbereitschaft zu pflegen. Sie suchen geistige Aufklärung über Wirtschaftsfragen zu verbreiten und mit Rat und Tat stehen sie hilfsbereit den fehlenden und strauchelnden Kollegen zur Seite. Trotzdem sie sehen, daß nur wenige Kollegen sich dieser Aufgabe widmen, verzagen sie nicht, sondern streben mutvoll vorwärts in der Erfüllung ihrer Aufgaben. Wenn auch ein großer Teil ihrer Kollegen und Kolleginnen beiseite stehen, so treibt sie ihre große Hoffnung, daß auch die geistig Armen eines Tages erkennen müssen, daß nur stete Hilfsbereitschaft und freudige Mitarbeit am Werke der Aufklärung ihnen ein besseres Dasein bringen kann. Wahre Solidarität zeigt sich erst, wenn jede Arbeiterin und jeder Arbeiter bemüht ist, das Los der Mitarbeiter zu verbessern. Der einzelne in seiner Bedrängnis wird leicht verzagt und geht zuletzt im Wirtschaftskampf zugrunde, aber wenn vereinte Kräfte einander stützen, bleibt er dem Leben und der Mitwelt erhalten. Dieses Gemeinschaftsgefühl zu pflegen, muß die Aufgabe jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin sein.

Nur so sind wir würdig, uns Brüder zu nennen. „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst," dies sollte das höchste Gebot der Menschen sein, zumal für die Menschen, welche so schwer unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen leiden müssen.

Schon dem jungen Menschen in der Lehre sollte der ältere Kollege hilfsbereit zur Seite stehen in der Erlernung seines Berufes. Oft wenige Hilfsgriffe und Anweisungen genügen, um dem jungen Menschen Freude an seinem Berufe zu gewähren. Das Vertrauen des jungen Kollegen zum älteren Kollegen wird sich steigern und die Achtung wie Dankbarkeit zum älteren Kollegen wird sich bald zeigen, wo man erst Mißmut und Wiederspenstigkeit wahrnehmen konnte. Wie oft sehen wir die Not in Familien unserer Kollegen einziehen, wenn die Frau erkrankt ist. Hier könnte die Hilfsbereitschaft der Kolleginnen einsetzen und zur Aufrechterhaltung des Haushaltes und zur Pflege der Kinder beitragen. Dadurch wird sich das Vertrauen stärken.

So gehört in Hand arbeiten in geistiger und wirtschaftlicher Art wird dazu beitragen, den Egoismus zu beseitigen und die wahre Verbrüderung des Proletariats herbeiführen, an der es heute fehlt. Nur ein hilfsbereites und einiges Volk wird über geistige und wirtschaftliche Unterdrückung siegen.

H. Brebow.

Es glimmt ein Zorn . . .

Ein Tuscheln und Wispern geht überall um. Hastige, harte Worte flattern halblaut auf. Die Augen glimmen in einem dunklen Glanz. Die Stirnen sind gefurcht, die Hände zu Fäusten verkrampft. Die Not, die man hier und da schlummernd gewähnt, ist wieder erwacht, hat sich aufgerichtet: riesengroß mit harten, eckigen Gliedern und grausam grinsenden Lippen.

Und die Leute — die armen, nur von ihrer Arbeit lebenden Leute — fragen: wo soll das hinaus? Alle Preise schnellen auf das Doppelte und Dreifache empor, und die Arbeitsgelegenheit wird knapper von Tag zu Tag. Ja, die Löhne stiegen auch — steigen um zwanzig und dreißig Prozent. Wie aber soll man noch Brot kaufen, wenn man ein Fünftel oder ein Viertel mehr verdient und das Brot das Doppelte kostet? Wie soll man alle anderen Ausgaben begleichen?

Und die Furchen in den Stirnen graben sich tiefer und tiefer. In den Augen ist das Flackern der Angst erloschen. Jetzt glimmt in ihnen nur noch die Flamme der Wut, des Hasses, der Verzweiflung.

Und sage mir keiner: die Menschen sind schlecht und böse von Jugend auf. Nein: sie werden nur schlecht und böse gemacht durch die Taten der anderen! Oder: soll der gut und ruhig bleiben, dem man den Boden unter den Füßen fortzieht? Soll der Mensch Herr seiner Nerven bleiben, wenn er zuschauen muß, daß ihm andere den Ertrag seiner Arbeit rauben? Hat es eine Zeit gegeben, in der der einzelne mehr auf seinen persönlichen Vorteil bedacht gewesen, als die unsrige?

O, schweigt mir still und beschönigt nichts! Das Tuscheln und Wispern, das jetzt umgeht, wird ein einziger, gellender Schrei werden — bald, gar bald! Und die Flammen, die jetzt in den Augen der schmählich um ihren Arbeitsertrag Beraubten züngeln, werden aufschlagen zu einer Riesenlohe, die alles verbrennt — das Schlechte und das Gute . . .

Ihr, die ihr satt seid, die ihr zufrieden seid und lächelt, verstopft eure Ohren, soviel ihr wollt — die Saat des Zornes geht auf und der Tag der Ernte naht . . .

Auf!

Auf aus deinem winzigen Jammer,
Denke der gewaltigen Zeiten!
Faß den Sturmhut, wirf den Hammer,
Reite durch der Erde Weiten!

Was für jämmerliche Tränen
Läßt du deinem Aug' entkropfen?
Streiche deines Rosses Mähnen,
Hör' das Herz der Erde klopfen.

Leg das Herz ans Herz der Erde
Und der Menschheit Brust umschließe!
Deinen Eimer voll Beschwerde
In das Meer des Elends gieße.

Faß den Sturmhut, wirf den Hammer,
Reite durch der Erden Weiten!
Auf aus deinem winzigen Jammer,
Denke der gewaltigen Zeiten!

Karl Henckell. (Gedichte für das Volk.)

Erhöhte Erwerbslosenunterstützung vom 25. Juni an.

Der rapiden Geldentwertung folgend, sah sich die Regierung gezwungen, die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen weiter zu erhöhen. Die folgenden Unterstützungssätze haben Geltung vom 25. Juni an:

	Ortsklasse A	B	C	D/E
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	9000	8400	7700	7100
ohne eigenen Haushalt	7900	7400	6800	6300
unter 21 Jahren	5500	5100	4800	4400
weibliche Personen über 21 Jahre mit eigen. Haushalt	7900	7400	6800	6300
ohne eigenen Haushalt	6600	6100	5700	5200
unter 21 Jahren	5000	4600	4200	3900
Zuschuß für Ehegatten	3300	3200	3000	2800
„ „ Kinder und sonstige unterhaltungsberechtigte Angehörige	2600	2400	2300	2100

Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach:

	Ortsklasse A	B	C	D/E
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Männer üb. 21 Jahre mit eigenem Haushalt	54 000	50 400	46 200	42 600
ohne eigenen Haushalt	47 400	44 400	40 800	37 800
unter 21 Jahren	33 000	30 600	28 800	26 400
weibl. Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	47 400	44 400	40 800	37 800
ohne eigenen Haushalt	39 600	36 600	34 200	31 200
unter 21 Jahren	30 000	27 600	25 200	23 400
für ein Ehepaar	73 800	69 600	64 200	59 400
Ehepaar mit 1 Kind	89 400	84 000	78 000	72 000
„ „ 2 Kindern	105 000	98 400	91 800	84 600
„ „ 3 „	120 600	112 800	105 600	97 200

usf. bis zu den Höchstbeträgen.

Diese Sätze finden sinngemäß auch Anwendung auf die Kurzarbeiterunterstützung.

Offener Brief an alle Zahlstellen.

Die Zahlstelle Oschatz befaßte sich in einer am 26. Juni abgehaltenen Versammlung mit dem — wie immer — völlig ungenügenden Lohnabkommen, unzureichend sowohl wegen der Erhöhung als auch wegen der Dauer. Vergleicht man die Löhne in der Keramindustrie mit denen anderer Industrien, so muß man feststellen, daß unsere Löhne weit hinter denen anderer Branchen zurückstehen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß an diesen Zuständen zum großen Teil die Verhandlungsteilnehmer und die Verbandsleitung — die meist zu allem, was die Unternehmer großmütig gewährten, Ja und Amen sagten — schuld sind. Die Unzufriedenheit der Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes spiegelt sich deutlich in den Versammlungsberichten in der „Ameise" wider. Die Zahlstellen bringen darin ihre Entrüstung über die getroffenen Abmachungen zum Ausdruck und stellen zum Schluß nur zu berechtigte Forderungen an künftige Lohnverhandlungen. Und der Erfolg? Die Berichte erscheinen hübsch der Reihe nach in der „Ameise", die allzu deutlich gehaltenen Schreiben werden mit hämischen Randbemerkungen verziert und wandern jedenfalls in den unergründlichen Papierkorb der Redaktion. Wir bezweifeln, ob jemals der Versuch gemacht worden ist, auch nur eine der zahlreichen — und wie schon gesagt — berechtigten Forderungen anzubringen. Diese obenerwähnte Taktik der Verbandsleitung, die vielleicht mit mehr gutem Willen als Erfolg abgefaßten Berichte der aus den Kreisen der Arbeiterschaft stammenden und oft gegen ihren Willen gewählten Schriftführer ins Lächerliche zu ziehen, verbitten wir uns ein für allemal. Wir verlangen vielmehr, daß bei künftigen Lohnverhandlungen die Interessen der Arbeiterschaft mit mehr Nachdruck und Energie vertreten werden als bisher, und wenn nötig, mit dem letzten, zu Gebote stehenden Mittel. Und zwar fordern wir für die letzte Juniwoche eine Nachzahlung in Höhe von 100 000 Mk. und ab 1. Juli Bezahlung nach Goldwährung.

Der Antrag, der Verbandsleitung und den Verhandlungsteilnehmern ein Mißtrauensvotum auszustellen, wird von der starkbesuchten Versammlung einstimmig angenommen. Wir ersuchen sämtliche Zahlstellen in Anbetracht der Dringlichkeit der Sache, sich so bald wie möglich dazu zu äußern und Vorschläge über weitere Maßnahmen eventuell Neuwahl der gesamten Verbandsleitung zu machen.

Für die Zahlstelle Oschatz.

gez.: K. Nöbel, Kassierer. gez.: Scheibel, Schriftführer.

Anmerkung des Redakteurs: Zu den unwahren Anwürfen der Verfasser des Offenen Briefes wird die Verbandsleitung noch Stellung nehmen. Ich möchte nur dazu bemerken, daß die auf den Redakteur bezügliche Anpöbelung zu einfältig ist. Ein Redakteur, der allzu deutlich gehaltene Schreiben mit Randbemerkungen versehen in den Papierkorb wandern lassen würde, wäre ein Esel, wenn er sich erst die Arbeit machen würde. Wenn die Verfasser sich über die einzelnen Begriffe Verbandsleitung, Redaktion, Verhandlungskommission und Taktik der Verbandsleitung klar werden könnten, wäre der „Offene Brief" nicht möglich gewesen. Es kommt nicht darauf an, ob die Verfasser des „Offenen Briefes" und anderer Berichte aus den Kreisen der Arbeiterschaft stammen, sondern darauf, ob sie klar zu sehen, zu schreiben und zu urteilen vermögen. Wenn das Abstammen aus Arbeiterkreisen als Entschuldigung gelten soll, so könnte sie auch die gesamte Verbandsleitung und der Redakteur bei etwaigen Fehlern für sich in Anspruch nehmen. Sie machen aber keinen Gebrauch davon und tragen die Verantwortung für alles, was sie tun. Darin liegt Umsicht für ihre Pflichterfüllung. Ich habe schon öfter in der „Ameise" erklärt, daß mir die Verbandsleitung noch keine Vorschriften über meine Schreibweise gemacht hat, weil sie mir völlige Freiheit läßt, solange ich nicht gegen das Statut verstoße. Das erkenne ich hoch an. Ich nehme deshalb Vorschriften auch nicht von den Verfassern des „Offenen Briefes" an und lasse mir nichts verbitten. Was ich für gut und für das Wohl des Verbandes geeignet halte, tue ich und dafür lege ich dem Verbandstag und der Generalversammlung Rechenschaft ab. Solange sich sogenannte Kritiker und die Arbeitgeber über die Schreibweise der „Ameise" beschweren, glaube ich, auf dem rechten Wege zu sein. Dann noch die Frage: Warum pöbeln die Verfasser des „Offenen Briefes" die Verbandsleitung und das Verbandsorgan persönlich an? Gibt es keine andere Möglichkeit, sich über die Wege zu unterhalten und schlüssig zu werden, die zum Ziel: zur Erreichung wertbeständiger Löhne, die der Teuerung entsprechen, führen? Solange der Kampf in den eigenen Reihen in der Form geführt wird, haben die Unternehmer den Vorteil, denn sie sind der lachende Dritte im Streit. Das sollte anders werden. Wir haben das Gesamtinteresse in den Vordergrund zu stellen und das Persönliche zu unterlassen. Trotz verschiedener Auffassungen haben wir einig zu sein. Dessen sollten sich die Verfasser des „Offenen Briefes" befleißigen. Der Redakteur hat dieses Ziel immer eingehalten und wird dies auch künftig tun. Alle einsichtigen Kollegen und Kolleginnen bittet er, ihn darin zu unterstützen.

Verbot des Korrespondenzblattes d. ADGB.

Die Rheinlandkommission hat das Korrespondenzblatt auf drei Monate für die französische und die belgische Zone des altbesetzten Gebietes verboten. Was den Zorn der Kommission erregt hat, ist unbekannt, da die Expedition erst durch das Postzeitungsamt von dem Verbot in Kenntnis gesetzt wurde.

Arbeiterbildnerkursus in der Volkshochschule im Schloß Tinz.

Die Volkshochschule Reuß veranstaltet in Gemeinschaft mit dem Bezirksbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei für Groß-Thüringen in der Zeit vom 17. bis 22. Juli im Schloß Tinz einen Kursus für Arbeiterbildner. Willkommen sind solche Genossinnen und Genossen, die in der Arbeiterbildungsbewegung tätig sind oder sich einer solchen Tätigkeit widmen wollen, besonders auch sozialistische Lehrerinnen und Lehrer. Auf Teilnehmer aus Thüringen und Sachsen wird zunächst gerechnet, doch sollen auch solche aus benachbarten Gebieten teilnehmen können. Als Lehrer ist gewonnen worden der Genosse Josef Luitpold Stern aus Teplitz, der Leiter der Zentralstelle für das Bildungswesen der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakischen Republik. Der Lehrstoff ist folgender:

1. Wurzeln und Wesen der Massenschulung. Wirtschaft und Geist. — Zur Geschichte der Volksschulung. — Industrie, Demokratie und Massenbewußtsein. — Volksbildung und Arbeiterbildung. Organisation, Finanztechnik und Pädagogik. Die Grundpfeiler der Bildungsaktion.

2. Die Schulung durchs Wort. Schultypen. — Vom Einzelvortrag zur Arbeiteruniversität. — Hörertypen. Kind und Erwachsener, Mann und Frau. — Masse und Führer.

3. Schulung durchs Buch. Arbeiter- und Gemeindebücherei. — Formen der Schriftenverbreitung. Presse und Kolportage. Die Buchgenossenschaft. — Die vier Elemente der öffentlichen Bücherei: Raum, Bücher, Leser und Buchwart.

4. Proletarische Geselligkeit. Vergnügung und Verdrängung: Kino, Kirche, Alkohol, Festkultur, Theater und Musikpflege. Proletarischer Sport. Natur, Urlaubskultur, Kultur und Sozialismus. Bildung und Klassenkampf. Massenschulung und Sozialismus. Marx über Masse und Wissenschaft.

Die Unterrichtszeit ist auf täglich 6 Stunden festgesetzt: 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags. Für die Abendstunden sind besondere Veranstaltungen getroffen, z. B. Unterweisung in der Handhabung von Lichtbildwerfern durch einen bedeutenden Fachmann auf diesem Gebiete, den Genossen Richard Laube in Leipzig. Ferner sollen zwei bedeutende Meistersprecher für zwei große Rezitationsabende gewonnen werden: P. C. Tyndall-Berlin (Dichter der Arbeit) und Friedrich Erhard-Dresden (Ausgewählte Stücke aus Spittelers Olymp. Frühling).

Die Teilnehmer (bis 50) werden im Schloß Tinz gegen Erstattung der Selbstkosten beherbergt und beköstigt.

Anmeldungen zur Teilnahme sind zu richten an G. Hennig, Gera-Tinz, Volkshochschule.

Es laden dazu ein

Der Bezirksbildungsausschuß für Groß-Thüringen.
Die Volkshochschule Reuß.

Dies soll Solidarismus sein?

Der christliche Gewerkschaftssekretär **R. Schwarz-Weiden** veröffentlicht im „Tirschenreuther Volksboten" vom 22. Juni 1923 einen Artikel „Streikbrecher oder Streikverbrecher", der seinem schon manchesmal gekennzeichneten Charakter alle Ehre macht. Er geht darin vom Streik in Plankenhammer aus und maßt sich das Urteil an, daß der Streik jeder rechtlichen Grundlage entbehrte. Wie Schwarz zu dieser Auffassung kam, läßt sich später noch ersehen. Er behauptet weiter, der Teil der Arbeiterschaft, der über den Streikbeschluß ungehalten war, hätte ihn für den 2. Pfingstfeiertag eingeladen. Wir bezweifeln das, weil wir wissen, daß Schwarz von ganz anderer Seite einen indirekten Wink bekam, um in Floß Bresche zu schlagen; denn es war ein Schandfleck für einen christlichen Sekretär, weil es ihm jahrelang nicht gelingen wollte, in einem Orte, wie Floß mit nächster Umgebung, Fuß fassen zu können. Der Streik und mit ihm anfangs verbundene Unstimmigkeiten waren der Anlaß für die in Weiden bestimmenden politischen Kräfte, nun einsetzen zu lassen. Sie scheuen keine Opfer, wie wir noch sehen werden. Ob Schw. soviel Weitblick besitzt, die Zusammenhänge zu übersehen und zu begreifen, ist eine andere Sache. Ebensowenig wird es bei Schw. der Fall sein, zu begreifen, daß durch sein Verhalten den Hakenkreuzlern in der dortigen Gegend der Rücken gestärkt wurde. Wenn er gar behauptet, Stellung gegen die Nationalsozialisten genommen zu haben, so ist es uns unerklärlich, wie er das Verhalten Weigerts gegen das freche Auftreten der Nationalsozialisten im Betrieb Plankenhammer als „Aufreizung zu einer Demonstration im Fabrikhofe" ansehen und dem Schiedsspruch, über dessen Zustandekommen Schweigepflicht herrschen soll, mit zustimmen konnte.

Der „Christ" Sch. schreibt dann: „Man behauptet, Schwarz arbeite mit der Direktion unter einer Decke, weil ein Angestellter, Buchhalter Wanninger, in der ersten Versammlung anwesend war und die Vermittelung zwischen der Arbeiterschaft übernommen hatte. Demgegenüber muß erklärt werden, daß Schwarz weder in der Streikangelegenheit noch überhaupt in der ganzen Streitsache, die sich in Plankenhammer abspielte, je mit der Direktion, weder direkt noch durch Mittelspersonen, ein Wort gesprochen oder eine Zeile geschrieben hat. Also lediglich wieder eine haltlose Verdächtigung. Wenn der Buchhalter anfangs den Arbeitern, die sich der christlichen Organisation anschließen wollten, einen Gefälligkeitsdienst erwiesen hat, so tat derselbe nichts anderes, als was sozialistischen Funktionären nahestehende Angehörige auch schon getan haben. Es ist uns sehr wohl bekannt, daß sich Funktionäre des Porzellanarbeiterverbandes in Versammlungen und bei Lohnbewegungen gebrüstet haben, daß sie durch ihre guten Verbindungen in den Bureaus der Unternehmer diese und jene Geheimzirkulare aus dem Unternehmerlager übermittelt erhielten."

Ist das nicht eine echte Schwarzsche Leistung? In dem Bericht über Plankenhammer in Nr. 23 der „Ameise" heißt es. „Aber noch schärfer tritt die verderbliche Absicht des christlichen Vertreters hervor, wenn man weiß, daß an der Versammlung ein Buchhalter als Firmenvertreter mitwirkte, daß ferner Mitgliedsbüchern der christlichen Organisation Schreiben der Firma beigelegt sind. Es muß ein äußerst inniges Verhältnis zwischen Firma und christlicher Organisation bestehen, wenn der Versand der christlichen Mitgliedsbücher mit geschäftlichen Firmenmitteilungen wahrscheinlich auf Kosten des Betriebes erfolgt."

Schw. geht mit keinem Wort auf diese Tatsache ein und verdächtigt unsere Funktionäre, indem er behauptet, Wanninger habe getan, was sozialistischen Funktionären nahestehende Angehörige auch schon getan hätten. Den Beweis bleibt er natürlich schuldig, weil er niemals in der Lage wäre, nachzuweisen, daß auch nur ein offizielles Verbandsschriftstück (im Falle Plankenhammer Mitgliedsbücher des „Berufsverbandes deutscher Keramarbeiter") mit einer Firmenmitteilung an ein Verbandsmitglied versandt worden wäre. Weil Schw. diese Tatsache mit einer unhaltbaren Verdächtigung umgeht, läßt sich mit aller Deutlichkeit erkennen, welche Eigenschaften bei ihm die Oberhand haben und ihn immer wieder auf die Bahn des Wahrheitsverbiegens bringen. Wenn er das als einwandfreie Moral bezeichnet, dann haben wir und unsere Kollegen in Plankenhammer ihn richtig eingeschätzt.

„Von Streikbruch kann keine Rede sein," sagt Sch. Diese Auffassung kann einen nicht mehr wundern, wenn man die Schwarzschen Praktiken im Falle Plankenhammer kennt. Ausgerechnet dieser Mann maßt sich an, von einem Streikverbrechen zu reden, was eine Zentralinstanz von 75 000 Mitgliedern und diese selbst gutgeheißen haben. Der Kampf in Plankenhammer ist ein Streik, und wer dagegen handelt, begeht Streikbruch. Dieser ist in den Augen jedes einsichtigen Arbeiters eine Handlung, die von freigewerkschaftlich wie christlich Organisierten mit Verachtung bestraft wird, solange Organisationen bestehen. Wenn das als gerecht gehandelt hingestellt wird, dann mag das ein sonderbarer christlicher Solidarismus sein. Wir sind überzeugt, daß außer Schwarz nicht viele christlich Organisierte ihm huldigen werden; denn es wäre schlimm für einen Arbeitnehmerverband, wenn er von solchem Geist beseelt wäre.

Es muß schlecht um eine Organisation bestellt sein, wenn sie mit derartigen Mitteln und Männern arbeiten muß.

Aus unserem Beruf.

Zur Kenntnisnahme. Das Verbandsbureau hat mehrfach die Wahrnehmung machen müssen, daß die von Nürnberg aus versandten Lohnabkommen erst nach 4 bis 6 Tagen, manche gar nicht in die Hände der Kollegen gekommen sind. Es macht der Kollegenschaft bekannt: Die entsprechende Zahl der gedruckten Lohnabkommen ist am Tage des Abschlusses, also am 21. Juni, abends, zwischen 8 und 9 Uhr in Nürnberg als Drucksache abgeschickt worden. Wenn sie nicht oder verspätet in die Hände unserer Kollegen kam, so trägt das Bureau keine Schuld. Wer sie hat, steht nicht fest. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die Reichspost in der „Ordnungszelle" Bayern weniger flink ist wie im übrigen Reich.

Streik der Schildermaler.

Berlin-Charlottenburg. Seit Mittwoch, den 27. Juni, früh, stehen die Schildermaler mit den im Lohnkartell vereinigten Schildermachern im Streik. Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, daß Zuzug nach hier fernzuhalten ist und in jedem vorkommenden Falle Erkundigungen im Bureau, Naunynstraße 85, einzuziehen sind.

Wir waren es von jeher gewohnt, daß die Unternehmer Schiedssprüche nur angenommen haben, wenn diese in nachträglicher Sonderverhandlung noch frisiert werden konnten. Unter dem Druck der Verhältnisse waren wir vielfach gezwungen, solche Lohnabkommen einzugehen. Am 22. Juni 1923 wurden von einer vereinbarten Schiedsstelle für 15. bis 21. Juni 5760 Mk. und für 22. bis 28. Juni 6880 Mk. für Schriftmaler 1. Klasse und Anmacher festgesetzt. Diesem Spruch versagte der Verein Berliner Schilderfabrikanten seine Zustimmung, nachdem er dem vorhergehenden Spruch einer vereinbarten Schiedsstelle (für 1. bis 14. Juni) seine Zustimmung gegeben hatte. Dem Schiedsspruch vom 22. Juni lag eine Forderung von 8000 Mk. zugrunde. Wir vertraten die Ansicht, daß ein Spruch einer vereinbarten Schiedsstelle in jedem Fall anzunehmen sei: die Unternehmer haben uns eines besseren belehrt. Wir konnten die vom VBS angebotene Kürzung des Schiedsspruches nicht annehmen bei einer Lebenslage, in der 10 000 Mk. pro Stunde noch zu wenig sind. Die beiden Versammlungen vom 25. und 26. Juni lehnten dieses Anerbieten ab und beschlossen einmütig den Streik, der dann auch am 27. Juni, früh, mit aller Schärfe einsetzte. Wir haben diesmal im Gegensatz zu früheren Streiks die Betriebe völlig stillgelegt; mit Genehmigung der anderen Verbände haben auch Glaser, Lackierer und Vergolder neben den Schildermalern und Schilderanmachern die Arbeit niedergelegt. Der Kampf steht heute so, daß von allen anfänglich in den Streik getretenen Schildermalern noch 50 draußen stehen. Die in Arbeit stehenden Kollegen arbeiten in der Zeit vom 29. Juni bis 5. Juli 1923 zu einem Stundenlohn von 8750 Mk. Die Not der Schilderfabrikanten ist groß. Es trifft sich sonderbar. Während die Arbeitnehmer in hartem Kampfe um Anerkennung ihrer Forderungen ringen, halten gerade diese Herren der Ringfirmen, die stets die größten Klagelieder angestimmt haben, einen Kongreß aller in Deutschland organisierten Firmenschilderfabrikanten im „Rheingold" ab. Während die Arbeitnehmer ihren Kindern jede Scheibe trockenen Brotes zumessen, ihre Frauen und Mütter mit tränenden Augen ihren Lieblingen jede Freude versagen müssen, fließt dort im „Rheingold" bei klingender Musik der Wein in Strömen, werden Landpartien nach Potsdam gemacht, werden für die Besichtigung längst verblichener Herrlichkeiten Millionen verausgabt. Ungeachtet der blutenden Kinderherzen ihrer Arbeitnehmer spielen dort im „Rheingold" im Smoking die Herren Unternehmer den Gentlemenlife. Das ist die Notlage der Unternehmer. Die Lage für die Kämpfenden ist gut, sie sind siegesgewiß. Einigkeit wird uns zum Ziele führen. Wir erwarten von den Zahlstellen im Reiche volle Solidarität, damit es uns gelingt, den Kampf mit vollem Erfolg abzuwehren. Vor allem aber: Zuzug fernhalten. **Die Streikleitung.**

Plankenhammer. Wir wir schon kurz mitgeteilt haben, geht der Streik in Plankenhammer weiter. Man muß immer mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß er einen starken politischen Unterton hat. Denn wie wäre es zu verstehen, daß eine Firma aus purer Starrköpfigkeit Milliardenaufträge einfach schwimmen läßt. Sie hätte, wenn es ihr ums Geschäft zu tun gewesen wäre, sicher eine Verständigung mit den Streikenden in den ersten Tagen gefunden, aber sie tat es nicht. Die maßgebenden finanzgewaltigen anderweitig gesicherten Gesellschaftler hielten den Zeitpunkt für gekommen, der geschlossenen Arbeiterbewegung in Floß den „Stärkeren" zu zeigen und die Abtrünnigen zu willfährigen Werkzeugen unter irgendeinem Deckmantel zusammen zu fassen. Zum Teil ist ihnen ihr Werk gelungen. Der „Berufsverband deutscher Keramarbeiter" hat offiziell durch seinen Vertreter R. Schwarz, Weiden, erklären lassen, daß er den Streik unserer Kollegen und Kolleginnen als Streikverbrechen ansieht. Er organisierte die Arbeitswilligen, unter denen sich keine Facharbeiter befinden. Jeder im Betrieb Beschäftigte muß im genannten Verband sein. Daraus geht deutlich hervor, daß der „Berufsverband deutscher Keramarbeiter" einen von unserem Hauptvorstand genehmigten Streik als Organisation durchkreuzt, um auf diese Art Mitgliederfang zu treiben. In Wirklichkeit leistet er damit dem Unternehmer Handlangerdienste. Eine Arbeitnehmerorganisation mit solchen Absichten kann niemals für ihre Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen, weil sie sich auf Gnade und Ungnade **den Arbeitgebern preisgibt,** wie eine öffentliche Dirne für Geld. Das ist die Wirkung, die Schwarz durch seine „Aktion" in Plankenhammer erreicht hat. Er wird das aber kaum begreifen können und wenn, so darf er es nicht. Im Kampfe Plankenhammer kommt es nicht darauf an, wie Schw. die Dinge erkennt, sondern welche Wirkung sein Verhalten auslöst. Sie besteht eben darin, daß eine Arbeitnehmerorganisation (der Berufsverband deutscher Keramarbeiter), die vorgibt, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, **den Unternehmern** von Plankenhammer im Kampf gegen unsere Kollegen, die aus Solidarität einem der ihrem beisprangen, **ihre Unterstützung gestehen hat.** An dieser Tatsache ändert alle Verdrehung nichts. Daß es infolge so verwerflicher Vorkommnisse unserer Verbandsleitung unmöglich ist, mit jenen „Arbeitervertretern" gemeinsam für die Kollegenschaft an einem Tisch Lohnverhandlungen zu führen, wird nun auch den christlichen Mitgliedern verständlich sein. Die christlichen Vertreter können das nicht mehr einsehen, sonst würden sie anders handeln und nicht eine arbeiterschädigende Komödie an die andere reihen. Unsere Kollegen und Kolleginnen haben dafür zu sorgen, daß den christlichen Mitgliedern das Treiben des Gewerkschaftssekretärs Schwarz zugunsten der Plankenhammer Firma bekannt wird. Mit solchen Leuten ist kein gemeinsames Arbeiten bei Lohnverhandlungen möglich. Dann kommt es nicht darauf an, ob sich Schw. und Genossen rein fühlen, sondern **ob sie es wirklich sind.** —

Von den 57 Mann grüner Landespolizei ist nur noch ein Kommando von 10 bis 12 Mann in Floß. Sie halten die „Ordnung" aufrecht. Die Handlungen bestehen darin, daß die Streikposten verprügelt, nicht am Streik beteiligte Arbeiter mit dem „Radiergummi" gestäupt und Haussuchungen auch in später Nachtstunde ausgeführt werden. Die Landespolizisten handeln nach strengem Befehl; „Gründe" haben sie für jede Handlung bereit. Die Arbeiterschaft soll mit Gewalt kirre gemacht werden. In der Zeit des Sozialistengesetzes war es nicht so schlimm.

wie jetzt in der „Ordnungszelle" Bayern. Die Arbeiterschaft hat aber jene Zeit schlimmster Verfolgung überwunden und wird auch diese überstehen. Der Streik wird nicht zusammenbrechen, trotzdem der „Oberpfälzer Kurier" den Zusammenbruch schon gemeldet hat. — Welche Mächte zusammenwirken, mag noch ein Einzelbeispiel beleuchten. Der Genosse Weigert war wegen der schon gemeldeten Affäre auf der Flossenbürg angeklagt, mußte aber freigesprochen werden, weil ihm nicht das geringste Vergehen nachgewiesen werden konnte. Dieser Reinfall seiner Widersacher war jedoch der Anlaß, ihn wegen Verdunkelungsgefahr und Fluchtverzuch (er ist Deutschösterreicher) hinter Schloß und Riegel zu behalten. Er wird sich wegen Aufruhr, Landfriedensbruch und Beleidigung der Vorgesetzten zu verantworten haben, weil er im Betrieb gegen den Hakenkreuzlerbesuch Stellung genommen hat. So geht es in Bayern zu. Aus den Darlegungen ist ersichtlich, daß unsere Kollegen und Kolleginnen in Floß einen schweren Kampf zu bestehen haben. Sie haben die Anschläge der arbeitswilligen Christlichorganisierten abzuwehren. Sie verteidigen sich gegen schwerreiche Industrielle, die ohne Rücksicht auf die Volkswirtschaft einen Betrieb still liegen lassen. Sie halten sich aufrecht gegen eine provozierende Polizeigewalt, die strengen Befehl hat, gegen die Streikenden vorzugehen. Also drei nicht zu unterschätzende Mächte stehen als Gegner ihnen gegenüber. Da heißt es Solidarität üben. Beim Verhandeln hat der Direktor Eckstein die Starrköpfigkeit seiner Auftraggeber gezeigt und betont, daß er lieber wieder von vorne anfangen werde, als nachzugeben. Es geht also ums Ganze. Wir wissen nun, worauf es ankommt. Handeln wir danach.

Zell a. H. Dieses Jahr kann unsere Zahlstelle auf ihr 40jähriges Bestehen zurückblicken. Aus Anlaß dieses Jubiläums fand am 24. Juni im „Gasthaus zum Löwen", unter Mitwirkung des Arbeitergesangvereins und der Stadtkapelle Zell a. H., eine schlichte, dem Ernst der Zeit entsprechende Feier statt. Der erste Vorsitzende Aug. Hermann begrüßte die zahlreich Erschienenen und schilderte in schlichten Worten die Entwicklung unserer Zahlstelle vom Tage der Gründung bis heute. Als Mitbegründer und 40jähriger ununterbrochener Mitgliedschaft wurde dem Kollegen Albert Spörri vom 1. Vorsitzenden Hermann eine schöne Vase mit Rosen überreicht. Der 2. Vorsitzende, August Schwab, überreichte dem Kollegen Aug. Hermann eine Tafel mit Ansicht der Stadt Zell in Anerkennung seiner Verdienste, die er sich während seiner 10jährigen Tätigkeit als Vorsitzender hiesiger Zahlstelle erworben hat. Kollege Bauer, Schramberg, überbrachte herzliche Glückwünsche der dortigen Zahlstelle. Von einem Glückwunschtelegramm der Zahlstelle Karlsruhe wurde mit Genugtuung Kenntnis genommen. So nahm dieses unser Jubiläumsfest einen schönen Verlauf, zu dem die hiesige Stadtkapelle und der Arbeitergesangverein wesentlich mit beitrugen. Mit Genugtuung kann unsere Zahlstelle auf diese Feier zurückblicken, die dazu beitragen möge, die Einigkeit unter den hiesigen Kollegen und Kolleginnen sowie bisher auch fernerhin zu erhalten.

Unergiebige Sammlungen.

Es beklagen sich immer wieder Kollegen in Zuschriften an die Redaktion der „Ameise" über die geringfügigen Spenden, die bei Sammlungen für notleidende Verbandsmitglieder von den Zahlstellen eingehen. Einer der Kollegen schreibt u. a.:

Kollegen, mit solchen lächerlich geringen Beträgen, wie sie in letzter Zeit bei Sammlungen eingehen, ist einem in Not befindlichen Kollegen gar nicht geholfen und der Zweck der Sammlung ist durchaus verfehlt. Bedenkt, wenn Spenden von 500 Mk., 300 Mk., ja sogar solche von nur 100 Mk. gegeben werden, was damit anzufangen ist! Solche Beträge machen weit weniger als 1 Kupferpfennig aus. Hat man denn früher bei Sammlungen auch nur halbe Pfennige gegeben? Ihr habt gewiß nicht einmal gewagt, früher einem Bettelmann nur einen einzigen Reichskupferpfennig zu geben! Darum sollte man auch einen armen Kollegen nicht mit gar zu geringen Spenden abspeisen. Fast scheint es mir empfehlenswerter zu sein, für eine Sammlung lieber gar nichts zu geben, als einen lächerlich geringen Betrag.

Versammlungsberichte.

Netzhütte und Umgebung. In Nr. 25 Ihres Blattes vom 23. Juni ist unter „Versammlungsberichte" ein unsere Firma betreffender Artikel enthalten, welcher in verschiedenen Punkten nicht der Wahrheit entspricht. Die persönlichen Anzapfungen und auch noch andere Punkte wollen wir übergehen, da wir uns in der Einschätzung derselben nicht zu irren glauben und es schade sein würde um die Zeit, die man damit vergeudete. Dagegen erheischt es das Ansehen unserer Firma, die Behauptung, „daß in Sitzendorf ganz besonders niedrige Löhne gezahlt würden, die mit dem Lohntarif nicht im Einklang ständen", zurückzuweisen und als unwahr zu bezeichnen. Tatsache ist, daß wir ohne Ausnahme nicht nur die tariflichen Mindestlöhne zahlen, sondern daß die Akkordarbeiter in den allermeisten Fällen ganz bedeutend darüber verdienen, und zwar bis zu 50 Proz. Ein Beweis dafür ist der, daß wir fast gar keine Mindestlohnnachzahlungen zu leisten haben, trotzdem sich unter dem Personal, wie es wohl in jeder Fabrik der Fall ist, Leute befinden, die wegen ihres Alters oder ihrer geringeren Leistungsfähigkeit nicht als Vollarbeiter anzusprechen sind.

Wir hoffen, daß unser Berichterstatter Stellung dazu nimmt und seine Behauptungen mit Beweisen belegt. D. R.

Vermischtes.

Starker Geburtenrückgang in Berlin. Nach den Feststellungen des Reichsgesundheitsamtes kamen in Berlin auf 1000 Einwohner im Jahre 1922 nur noch 11,5 Lebendgeborene gegen 17 im Jahre 1917. Die Großstädte Wien und Paris stehen höher als Berlin, Petersburg steht mit 36,8 an der Spitze. Die Verminderung der Kinderzahl während und nach dem Kriege machte sich schon in den Berliner Schulen bemerkbar. In den letzten sechs Jahren hat die Schülerzahl in den Gemeindeschulen des alten Berlin um 50 000 abgenommen, so daß in diesem Sommerhalbjahr 120 Klassen geschlossen werden müssen. Bei den Feststellungen wird noch betont, daß die Zahl der geistig und körperlich minder entwickelten Kinder, die in Hilfsschulen unterrichtet werden müssen, stetig zunimmt. Der Grund dieser Erscheinung ist die allgemeine wirtschaftliche Not und das Wohnungselend.

Literarisches.

Zur Gründungsfeier der deutschen Sozialdemokratie. Am 23. Mai waren es 60 Jahre, seit in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet und Ferdinand Lassalle zu seinem Präsidenten erwählt wurde. Zu diesem Gedenktage kam gerade recht ein lehrreiches Buch des früheren preußischen Unterrichtsministers, Genossen Konrad Haenisch, das soeben in Franz Schneiders Verlag, Berlin, Leipzig, Wien und Bern, erscheint. Es heißt: „Lassalle, Mensch und Politiker" und hat sich die Aufgabe gestellt, insbesondere der jüngeren sozialistischen Generation, die durch zwei Menschenalter vom Leben und Wirken Lassalles getrennt ist, das menschliche und politische Charakterbild des großen Erweckers der deutschen Arbeiterklasse neu zu gestalten. Das vorzüglich ausgestattete Werk bringt außer einem trefflichen Lassallebildnis nicht weniger als zehn hochinteressante Faksimiles, die Eduard Bernstein, Gust. Mayer und das Deutsche Reichsarchiv in Potsdam aus dem Nachlasse Lassalles zur Verfügung gestellt haben. Die Faksimiles enthalten vier wichtige Briefe Lassalles an Marx, je einen Brief Lassalles an Cosima Wagner, die Gräfin Hatzfeld, Helene Dönniges und eine bisher unbekannte nahe Freundin Lassalles, namens Agnes Street Klindworth, außerdem eine bisher nicht veröffentlichte Aufzeichnung Lassalles aus der Zeit seiner ersten politischen Freiheitsstrafe, sowie das Einleitungskapitel seines ersten Entwurfes zum „Arbeiterlesebuch". Diese Dokumente allein machen das neue Buch von Konrad Haenisch, das mit erstaunlichem Blick für die innere Logik historischer Vorgänge die meteorhafte Erdenfahrt des außerordentlichen Menschen beschreibt, unentbehrlich für jeden, der sich mit Lassalle beschäftigen will. Um dem Werke in Gewerkschaftskreisen eine möglichst weite Verbreitung zu sichern, erscheint es neben der Ausgabe in Halbleinen zum Grundpreise von 9 Mk. in einer wohlfeilen, sehr gut kartonierten Ausstattung zum Grundpreise von 7 Mk., multipliziert mit der jeweiligen Teuerungsziffer. Bestellungen nimmt der genannte Verlag entgegen.

An die Postabonnenten!

Die Verhältnisse haben sich bekanntermaßen auf dem Geldmarkt überstürzt. Das hat eine Verteuerung der Papierkosten mit sich gebracht, wie wir sie bisher kaum kannten. Da nicht vorauszusehen ist, wie hoch die Preiswelle innerhalb eines Vierteljahres noch steigen wird, bitten wir unsere Postabonnenten, den seit 1. April nicht wieder erhöhten Abonnementspreis dadurch auszugleichen, daß sie für das 2. und 3. Vierteljahr 1923 2000 Mk. auf das Postscheckkonto Wilhelm Herden, Charlottenburg, Postscheckamt Berlin Nr. 9308, einsenden. Wir hoffen, daß dem Wunsch ohne besondere Aufforderung von jedem Postabonnenten nachgekommen wird.

Verlag und Redaktion der „Ameise".

Beiträge müssen in Höhe eines vollen Stundenlohnes bezahlt werden! In der Woche vom 9. bis 15. Juli ist der 28. Beitrag fällig.

Aufrufe!

Unser Kollege **Otto Degen** ist seit November v. J. lungenkrank; er ist Familienvater und aus allen Kassen ausgesteuert, weshalb er sich in schwerer Notlage befindet. Infolge seines Krankheitszustandes ist zu seiner Ernährung ein hoher Kostenaufwand nötig. Die Zahlstelle hat ihn schon verschiedentlich durch Sammlungen unterstützt. Sie appelliert nun an alle Zahlstellen, seine Notlage durch eine Spende lindern zu helfen. Gelder sind zu senden an Kassierer **Richard Ulrich, Biehla-Elsterwerda,** Berlinerstr. 91. Quittung erfolgt in der „Ameise".

*

Unsere Kollegin **Marie Werthmann** ist seit langer Zeit krank und arbeitsunfähig. Seit Weihnachten 1922 aus allen Kassen ausgesteuert, war es bislang unsere Aufgabe, die Not der Familie etwas zu lindern. Der Mann ist schon jahrelang arbeitsunfähig. Wir richten das freundliche Ersuchen an die Zahlstellen, die etwas beisteuern wollen, an **Hermann Boß, Triptis,** Neuestraße, die Spenden zu übermitteln.

*

Unser Kollege **Josef Engelmann,** Dreher, seit Jahresfrist lungenkrank, verheiratet, Vater mehrerer Kinder, bedarf einer Unterstützung. Die Zahlstelle hat ihn bereits wiederholt unterstützt und ersucht nun die Kollegenschaft, ihr Scherflein beizutragen. Gelder sind zu senden an **Fritz Kleiber, Marktredwitz** (Oberfranken), Lorenzreutherstr. 8.

*

Unsere Kollegin **Ella Passerinie** ist schon seit über einem halben Jahr lungenkrank und infolgedessen arbeitsunfähig. Sie ist bereits in allen Kassen ausgesteuert, befindet sich auf dem Wege der Besserung. Ein Erfolg ist aber bei angemessener Ernährung denkbar. Die Kollegin lebt in sehr ärmlichen Verhältnissen. Die Zahlstelle hat die Kollegin in jeder Weise unterstützt. Um nun der Genannten zu ihrer Genesung zu verhelfen, werden die Kolleginnen und Kollegen im Reich gebeten, etwas zur Not der Linderung beizutragen. Gelder sind zu senden an **Richard Sichard, Ohrdruf,** Querstr. 3. Quittung erfolgt in der „Ameise".

*

Der Porzellangießer **Karl Muth** ist schon seit dem 2. 1. 1922 schwer krank. Er ist in allen Kassen ausgesteuert und daher völlig mittellos. Außerdem hat er noch fünf schulpflichtige Kinder zu versorgen. Die Zahlstelle Ilmenau hat zur Linderung der Not schon viel getan; leider stehen ihr jetzt keine Mittel mehr zur Verfügung. Sie bittet deshalb die Zahlstellen, ein Scherflein zur Linderung der Notlage des verdienten Kollegen beizutragen. Gelder sind zu senden an den Geschäftsführer **Karl Robst, Ilmenau** (Thür.), Wiesenweg 2.

*

Der Kollege **Max Schmidt** ist schon längere Zeit krank und Vater von mehreren unmündigen Kindern. Er ist in allen Kassen ausgesteuert. Die Zahlstelle hat ihn schon wiederholt unterstützt. Um dem Kollegen etwas beizustehen, bitten wir die übrigen Zahlstellen um ein Scherflein. Zahlungen sind zu richten an Kassierer **Fridolin Fehd,** Zahlstelle **Brattendorf,** Kreis Hildburghausen.

Bekanntmachung.

Den Zahlstellenkassierern diene hiermit zur Kenntnis, daß nunmehr Beitragsmarken im Werte von 3240, 3780, 4320, 4860, 5400 und 5940 Mk. vorhanden sind.

Die Kassierer wollen solche vom Unterzeichneten unter Angabe der Stückzahl anfordern.

Fast alle Zahlstellen äußern den Wunsch, die Beiträge auf volle 100 Mark abzurunden. Der Wunsch an sich ist allzuberechtigt; aber mit dem Abrunden auf Hundert allein ist es nicht getan; die eingetretenen Verhältnisse bedingen eine völlige Umstellung der Beiträge. Eine solche ist aber von heute zu morgen nicht zu verwirklichen. Der Vorstand wird sich die nächste Zeit mit der Beitragsfrage beschäftigen. Bis dahin wollen sich die Zahlstellenkassierer und Unterkassierer noch gedulden und zur Quittierung der Beiträge die vorhandenen Markenbestände durch entsprechende Zusammenstellung aufbrauchen.

Wilh. Herden.

Adressenänderungen.

Crinitz, Post **Drehna b. Luckau.** Vorsitzender: Wilhelm Schulze. Kassierer: Karl Falkenhahn. Schriftführer: Max Claußner.

Lamspringe. Vorsitzender: Hermann Harbort, Dreher, Bergstr. 10. Schriftführer: Aug. Mädge, Maschinenmüller, Hauptstraße 84.

Meiningen. Vorsitzender: Albert Steiner, Maler, Themar bei Meiningen. Schriftführer: Fritz Werrbach, Meiningen, Bodenweg 7.

Waldenburg u. Umgeg. Kassierer: Wilhelm Lautermann, Geschäftsführer, Waldenburg i. Schl., Auenstr. 7b, Gewerkschaftshaus.

Wesel. Schriftführer: Christian Wälde, Gießer, Wesel, Werftstr. 6.

Dresden und Umgegend.

Aenderungen im Bureauverkehr. Die Auszahlungen der Unterstützungen jeder Art erfolgen vom 1. Juli 1923 an wie folgt:

Dresden. Montags vormittags von 9 bis 12 Uhr im Bureau.

Meißen. Freitags nachmittags von 4 bis 6 Uhr im dortigen Bureau.

Sörnewitz. Alle 14 Tage Sonnabends vormittags von 10 bis 12 Uhr im Gasthof „Zur Krone".

Außer von den Schwerkranken müssen die Unterstützungen von den Beziehern selbst abgehoben werden.

Die Beitragssammler der letzten beiden Plätze sind verpflichtet, die eingesammelten Gelder an diesen Tagen an den Genossen Miertschke abzuliefern.

Bitte ausschneiden und im Mitgliedsbuch aufbewahren.

Die Verwaltung. J. A.: Max Uhlmann.

Versammlungs-Anzeigen.

Althaldensleben. Montag, den 9. Juli 1923, abends 8 Uhr, bei Peters Zahlstellenversammlung.

Spandau. Die Versammlung der Zahlstelle Spandau findet am Montag, den 9. Juli, 4 Uhr, bei Wind, Pichelsdorferstraße, statt.

Quittung.

Für unser krankes Mitglied **Joh. Schmidt** gingen nachträglich noch ein: Brambach 300; Brattendorf 1000; Marktleuthen 500 Mk. Bereits quittiert 44 200 Mk. Summa 46 000 Mark. Auch diesen Zahlstellen herzlichen Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

Für die **Zahlstelle Krummennaab.** J. A.: **Karl Käs,** Kassierer.

† Sterbetafel †

Kloster Veilsdorf. Emma Koch, Heimarbeiterin, geboren am 18. November 1895 zu Heubach, gestorben am 15. Juni an Lungenleiden. Mitglied seit 1920.

Lamspringe. Franz Rasch, Stanzer, geboren am 14. Mai 1904, gestorben am 13. April 1923 an Lungenleiden. Mitglied seit 1920.

Rheinsberg. August Müller, Lagerarbeiter, geboren am 1. Mai 1859 zu Kleinperlanz, gestorben am 15. Juni 1923 an Schlaganfall. Mitglied seit 1919. — In Nr. 25 der „Ameise" muß es unter Rheinsberg nicht Mathilde Kertbold, sondern Mathilde **Berthold,** und statt 5. Juli 5. Juni heißen.

Schönwald. Hans Wohlrab, Drucker, geboren am 22. Januar 1877 zu Schönwald, gestorben am 29. Juni 1923 an Herzschlag. Mitglied seit 1922.

Waldenburg und Umgegend. Ernst Wenske, Porzellanarbeiter, geboren am 9. November 1858 zu Hohgiersdorf, gestorben am 1. Juni 1923 an Altersschwäche. Mitglied seit 1919.

— Gustav Dittrich, Kapseldreher, geboren am 22. Juli 1860 zu Quolsdorf, gestorben am 13. Juni 1923 an Arterienverkalkung. Mitglied seit 1919.

— Emilie Schwarzer geb. Junganitsch, Verputzerin, geboren am 3. April 1897 zu Waldenburg-Altwasser, gestorben am 18. Juni 1923 an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

— Johann Riedel, Porz.-Arbeiter, geboren am 30. Mai 1866 zu Barzdorf, gestorben am 2. Juni 1923 an Herzschwäche. Mitglied seit 1921.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Erfahrener Modellabgießer, 24 Jahre alt, ledig, mit guter Fachschulbildung, sucht zum baldigen Antritt Stellung als Modellabgießer und Retoucheur für plastische, Luxus- und Gebrauchsmodelle in guter Qualitätsfabrik. Angebote unter **„Moderne Plastik"** an die Exped. d. „Ameise" erbeten.

Junger Mann, 35 Jahre alt, mit jeder Sortierung sowie mit [illegible] Schleifarbeiten vertraut, war auch schon längere Zeit in einer der größten Porzellanfabriken als **1. Lagerist** und [illegible] tätig, wünscht sich zu verändern. — Erstklassige Zeugnisse stehen zur Verfügung.

Offerten unter **„J. L. 100"** an die „Ameise" erbeten.

Für unsere Schleiferei suchen wir bei sofortigem Antritt einen [illegible] und gewandten, ledigen

Schleifer.

Blankenhainer Porzellanfabrik, C. & E. Carstens
(98) **Blankenhain (Thüringen).**

Tüchtigen Glasierer
sowie
perfekten Dreher
auf chemisch-pharmazeutische Bedarfsartikel stellt sofort noch ein
(99) **Porzellanfabrik Stützerbach** (Thüringen).

Gießer
für Kannen wird gesucht. (100)
Porzellanfabrik Stockhardt & Schmidt-Eckert, Meißen.

Geschäfts-Anzeigen.

Offer. für Dreher **Zymocceaschwämme,** das Stück von 40 bis 200 Goldpfennige (1 Goldpfennig zurzeit 70 bis 90 Papiermark), klein. **Levantiner,** das Kilo 40, große prima **Levantinerschwämme** zu 60 engl. Schill. (1 Schill. zurzeit 7000 bis 9000 Papiermark), klein. **Levantiner Elephantenohren** 72, größere prima 95 Schill. pro Kilo, prima weiche, faustgroße **Reefschwämme** 28 Schill., **Hardhead-Glasur- u. Garnierungsschwämme** sowie große **Hardheadschwämme** für Großsteingut, das Kilo 15 Schill., zahlbar und umgerechnet auf Wunsch in deutsche Reichsmark zum amtlichen Berliner Briefbörsenkurs am Regulierungstage. Ziel 2 bis 4 Wochen laut Vereinbarung.

H. Michelsohn, Schwammimport, **Berlin C. 25,** Prenzlauerstr. 42

CHRISTOF SACK
SCHWARZENBACH A. D. SAALE
Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Red.: Edwin Renninger, Charlottenburg, Rosinenstr. 1.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 2.
Druck: C. Janiszewski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29.